

Eine Stadt ganz anders regieren

Aus Protest wird Politik: In Barcelona stellen linke Aktivisten die Bürgermeisterin. Ada Colau krempelt vieles um.

von Elisabeth Voß vom 16.05.2019

Was würde sich ändern, wenn der Sprecher der Initiative »Enteignet Deutsche Wohnen & Co« Regierender Bürgermeister von Berlin würde? Würde er eine andere Stadtpolitik betreiben? In Spanien haben wohnungspolitische Aktivistinnen und Aktivisten bei den Kommunalwahlen vor vier Jahren Wahlbündnisse aufgestellt und sind gewählt worden. In Barcelona gewann 2015 das Bündnis Barcelona en Comú (Barcelona gemeinsam) ein Viertel der Stimmen und stellt seitdem mit Ada Colau die Bürgermeisterin.

Die heute 45-Jährige war viele Jahre Aktivistin in der Bewegungen für menschenwürdiges Wohnen. Als in Folge der Wirtschaftskrise von 2008 immer mehr Menschen in Spanien die Kredite für ihre Eigentumswohnungen nicht mehr bedienen konnten und in der Folge zwangsgeräumt wurden, gründete Ada Colau gemeinsam mit anderen die Plattform der Hypothekengeschädigten. In Spanien sind Eigentumswohnungen viel verbreiteter als Mietwohnungen. Colau und ihre Mitstreiterinnen stellten sich bei Räumungen der Polizei in den Weg, wurden von den Ordnungskräften weggetragen, und konnten manchmal Räumungen verhindern.

Gleicher Lohn für alle

Nicht nur in Barcelona, auch in Madrid, Valencia, Zaragoza, Cádiz, Pamplona/Iruna und Santiago waren solche linken Wahlbündnisse bei den Kommunalwahlen 2015 erfolgreich. Was haben sie bewirkt? Sie alle haben erlebt, dass sich die Forderungen, die sie einst als Bewegungen erhoben hatten, nicht eins zu eins in realisieren lassen. Eine andere Stadtpolitik, wie sie den linken Aktivistinnen und Basisdemokraten vorschwebt, lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Mühsam müssen die Gewählten für ihre Projekte um politische Mehrheiten ringen und Koalitionen eingehen. Auch die Trägheit der Stadtverwaltungen erschwert es, die politischen Ideen umzusetzen. Hinzu kommt, dass die spanische Zentralregierung gerade in der Wohnungs- oder Flüchtlingspolitik die rechtlichen Vorgaben macht. Nicht zuletzt verläuft auch die Zusammenarbeit innerhalb von Barcelona en Comú nicht immer reibungslos, denn Realpolitik folgt einer anderen Logik als politischer Aktivismus, benötigt taktisches Vorgehen und stärkere Kompromissbereitschaft.

Angesichts all dieser Schwierigkeiten ist bemerkenswert, was Barcelona en Comú in den vier Jahren des Regierens gelungen ist. So wurde gleich zu Beginn festgelegt ist, dass alle, die dem Bündnis angehören, maximal 2200 Euro netto im Monat verdienen. Das gilt für Abgeordnete, Beamte, Mitarbeitende öffentlicher Unternehmen und für Angestellte der Partei. Auch für die Bürgermeisterin. Was die 2200 Euro übersteigt, wird in eine gemeinsame Kasse für soziale Zwecke eingezahlt.

Alle politischen Positionen wurden paritätisch zwischen Frauen und Männern besetzt, bei Sitzungen wird darauf geachtet, dass Männer und Frauen gleichviel Redezeit erhalten. Ein wesentliches Merkmal dieser anderen Politik ist der Versuch, hierarchische und männerdominierte Strukturen aufzubrechen. Um eine echte Gleichberechtigung in der Politik zu ermöglichen, wurden familienfreundliche Sitzungszeiten organisiert und im Rathaus Spielecken für Kinder eingerichtet.

Barcelona en Comú versteht sich – ebenso wie die anderen neuen Stadtregierungen – als Teil einer weltweiten municipalistischen Bewegung. Die Bezeichnung Municipalismus leitet sich von Gemeinde (municipio) ab und meint Bewegungen, die versuchen, das Leben der Menschen vor Ort zu verbessern. Sie wollen kommunale Regierungen übernehmen, im Interesse der gesamten Bevölkerung handeln und die Lokalpolitik von unten her demokratisieren. Sie sind als Reaktion auf die aktuelle ökonomische und politische Krise zu verstehen – ebenso wie neue rechte und rechtspopulistische Bewegungen, als deren Gegenpart sie sich verstehen. Statt mit Angst und Angstmacherei, wie die rechten Bewegungen, wollen diese linken Bewegungen mit Mut und konkreten Utopien den vielfältigen städtischen Krisen begegnen.

Bezahlbare Wohnungen

Barcelona hat unter Ada Colau ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt, das vorsieht, dass in jedem Neubauvorhaben dreißig Prozent der Wohnungen für Einkommensschwache errichtet werden. 4600 solcher bezahlbaren Wohnungen wurden bisher gebaut oder zumindest begonnen. Dem ausufernden Tourismus, der immer mehr Bewohnerinnen aus der Innenstadt verdrängt, versucht die Stadtregierung Einhalt zu gebieten. Aus 4500 illegalen Ferienwohnungen wurden wieder reguläre Wohnungen, die Vermietungsplattform AirBnB musste 600 000 Euro Bußgeld bezahlen.

Die Stadt fördert auf vielfältige Weise eine andere, solidarische Wirtschaft, die nicht vorrangig auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Vor allem die Schwächsten sollen dadurch eine Perspektive bekommen. So werden beispielsweise zwei Genossenschaften unterstützt, die Arbeitsplätze für 45 Migrantinnen und Straßenhändler geschaffen haben, die zuvor kein Aufenthaltsrecht und keine Arbeitserlaubnis hatten.

Für diejenigen, die anders wirtschaften möchten, bietet die Stadt – gemeinsam mit erfahrenen Einrichtungen der Sozialwirtschaft – Kurse und Beratung zur Erstellung von Geschäftsplänen, Marketing und Finanzierung an, ebenso wie Gründungsberatung für Genossenschaften.

Ganz wichtig im Municipalismus ist die Demokratisierung der Politik. Die weit verbreitete Politikmüdigkeit wird als Reaktion darauf verstanden, dass die Menschen immer weniger Einfluss auf ihre Lebensbedingungen haben. Deshalb hatte Barcelona en Comú schon sein Wahlprogramm in Stadtteilversammlungen erarbeitet. Diese Offenheit hat das Bündnis beibehalten. Über die Online-Plattform Decidim (Wir entscheiden) können registrierte Nutzerinnen und Nutzer der Stadtregierung Vorschläge machen und diese diskutieren. Auch Abstimmungen sind möglich, beispielsweise über die Verwendung öffentlicher Gelder. Parallel dazu finden weiterhin Versammlungen in den Stadtvierteln statt.

Gleichzeitig mit der Europawahl Ende Mai werden in Spanien auch die Kommunalparlamente gewählt. In den Städten mit municipalistischen Stadtregierungen geht es jetzt nicht nur darum, Wahlerfolge der Rechten zu verhindern – Vox hatte bei den Parlamentswahlen Ende April zehn Prozent erlangt – sondern auch, genug Stimmen zu bekommen, um die neuen Politikansätze fortführen zu können.

Elisabeth Voß ist freie Autorin in Berlin mit dem Schwerpunkt alternative, solidarische und genossenschaftliche Wirtschaftsweisen.